

Vorwort

Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Staaten in der „Peripherie“ hat – nach wechselnden Konjunkturen seit Ende des Zweiten Weltkriegs – erst in den letzten Jahren wieder verstärkt eingesetzt.¹ Es scheint, als ob das angestrebte Minimalstaatsideal unter neoliberalen Bedingungen nach der Welle von Strukturanpassungen der 80er Jahre in den meisten Staaten der Dritten Welt auch die relativ geringe soziologische und politologische Analyseintensität in Bezug auf diesen Gegenstand beeinflusst hätte. In den Kontext der – aus unterschiedlichen Gründen – wieder aufgenommenen Staatsanalysen unter aktuellen Verhältnissen der neoliberalen Globalisierung und der sehr divergierenden Staatsentwicklungen in der Peripherie – von Tendenzen zum sog. „Staatszerfall“ bis hin zur Wiederkehr des „Entwicklungsstaats“ – ordnet sich vorliegende Dissertation von Frau Jenss ein. Das nicht geringste Resultat dieser Studie kann vielleicht darin gesehen werden, dass – von einem bestimmten theoretischen Staatsverständnis aus – diese beiden scheinbar völlig konträren Tendenzen in konkreten gesellschaftlichen Konstellationen in Ländern der Peripherie teilweise parallel zueinander und verschränkt miteinander auftreten können.

Einleitend beschreibt sie zunächst ihre grundlegende Analyseintention: „Anliegen der Arbeit ist ... zum einen, sich einem adäquaten Verständnis von Staatlichkeit in Lateinamerika anzunähern. Zum anderen will sie die Gewaltverhältnisse bzw. das Politikfeld ‚Sicherheit‘ in Mexiko und Kolumbien zu einem Zeitpunkt in den Blick nehmen, an dem die Regierungen dieses Feld jeweils zum Thema ihrer Programme machten. Die Frage ist, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und entsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art des Regierens einwirken.“ Sie erläutert des Weiteren ihre Forschungsstrategie und Herangehensweise, die Abfolge ihrer Analyseschritte, die Länderauswahl, einige Dimensi-

1 Zu der wechselvollen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem „peripheren“ Staat siehe zuletzt: Hans Jürgen Burchhardt/ Stefan Peters (Hg.): Der Staat in globaler Perspektive. Zur Renaissance der Entwicklungsstaaten, Frankfurt/ New York 2015, S.9ff.

onen der komparativen Betrachtung und reflektiert zudem ihre eigene Forschungspraxis bei den empirischen Erhebungen.

Im ersten Kapitel resümiert die Verfasserin kritisch den Stand der theoretischen Ausführungen zum Problem des Staates in der Peripherie bzw. in Lateinamerika. Dabei geht sie implizit oder explizit von allgemeinen bzw. auf Europa bezogenen materialistischen staatstheoretischen Positionen (vor allem der von N. Poulantzas) aus, stellt dann eine Reihe von lateinamerikanischen Theoretikern vor, um dann auch mit Hilfe regulationstheoretischer Kategorien die historischen Transformationsprozesse lateinamerikanischer Staatlichkeit seit den 70er Jahren annäherungsweise zu erfassen. Insgesamt möchte Alke Jenss sich für ihre Fragestellung und ihre Annäherung an die lateinamerikanische Staatlichkeit besonders des Ansatzes von Poulantzas unter Einbeziehung komplementärer Kategorien aus den Überlegungen von R. Zavaleta, der post-kolonialen Theorie A. Quijanos² sowie der intersektionalen Sozialstrukturanalyse bedienen.

Das zweite Kapitel bildet die Überleitung zur historischen Kontextanalyse, die einen Überblick über zentrale Stationen der Entwicklung der beiden Staaten gibt (III. Kap.). Hier werden Schlussfolgerungen aus dem ersten Kapitel zusammengefasst und die weiteren Schritte der Analyse (verteilt auf die nachfolgenden Kapitel) sowie die Ebenen und Dimensionen der empirischen Forschungsarbeit (Datenmaterial, Erhebung, Auswertung) erläutert. Im dritten Kapitel werden die Grundzüge der sozio-politischen Geschichte Kolumbiens und Mexikos in synthetischer Form nachgezeichnet. Dabei werden auf der Basis wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Veränderungen seit der Unabhängigkeit (1819 bzw. 1821) die jeweiligen politischen Konstellationen und wichtigen Wendepunkte bezüglich einer sich widersprüchlich und fragmentiert entfaltenden Staatlichkeit analysiert. Für die kolumbianische Entwicklung charakteristisch war die Parallelität bzw. scheinbare Diskrepanz zwischen gewaltförmigen sozialen Praktiken (Periode der „Violencia“, frühe Guerillatätigkeit, Paramilitärs) einerseits und formeller Demokratie andererseits, was die Kohäsionsfunktion des Staates tendenziell unterminierte. Der permanente Ausnahmezustand war längst keine Ausnahme mehr. „Staatliche Herrschaft ist uneinheitlich vermittelt; die Gewaltfunktion wird über unterschiedliche Teile des Staatsapparats oder an andere Gruppen gestreut und tritt dispers auf.“ Weder gab es durchgängig oder langfristig eine hegemoniale Klassenfraktion oder gar ein einendes konsensuales Staatsprojekt. Im deutlichen Unterschied zu Kolumbien gab es beim Vergleichsland mit der mexikanischen Revolution ein zentrales historisch konstitutives Moment, das zu einem durchsetzungsfähigen Hegemonieprojekt führte. Mobilisierte Bevölkerung, relativ fortschrittliche Verfassung (von 1917), weit-

2 Inzwischen sind Arbeiten interessanter lateinamerikanischer Staatstheoretiker/-innen, die hierzulande nahezu unbekannt sind, dokumentiert in: Alke Jenss/ Stefan Pimmer (Hg.): Der Staat in Lateinamerika, Kolonialität, Gewalt, Transformation, Münster 2015.

reichende Agrarreform, („von oben“) organisierte Bauernverbände, Gewerkschaften sowie ein nationalistischer Kurs während der 1930er Jahre waren weitere Charakteristika, die Mexiko zunächst stark vom kolumbianischen Fall unterscheiden. Auch der grundlegende wirtschaftspolitische Kurswechsel seit den 80er Jahren (in Richtung auf Öffnung der Ökonomie, Liberalisierung, Privatisierung etc.) fand bis Ende der 90er Jahre unter Führung der „klassischen Revolutionspartei“ PRI statt, die erst im Rahmen der politischen Öffnung im Jahre 2000 von der Regierungsebene verdrängt werden konnte, wobei aber damit die strukturelle Kontinuität bezüglich der ökonomisch herrschenden Sektoren und der „institutionellen Selektivität“ des Staates einhergingen; diese grundlegenden Veränderungen waren bereits in den 80er Jahren eingetreten.

Das vierte Kapitel enthält einen längeren Exkurs über das Verhältnis von organisierter Kriminalität und Staat in den beiden Ländern sowie einen Abriss der zuletzt eingetretenen Sozialstrukturveränderungen. Der Exkurs verweist darauf, wie sich die regulären, informellen und kriminellen Sektoren in der Weltwirtschaft in ihrem Gewicht und ihrem Nebeneinander und ihrer Verflechtung in den letzten Jahren der neoliberalen Entfesselung der Marktkräfte entfaltet haben. Auch zwischen Staat und Kriminalität können ambivalente Beziehungen bestehen, insofern „ein Staat ... nicht als homogen und klar abgegrenzt verstanden werden (kann), und auch kriminelle ‚Unterwelten‘, ‚Schwarzmärkte‘ etc. sind substantieller Teil der Kräfteverhältnisse, die sich im Staat festschreiben.“ In den beiden folgenden Unterabschnitten des Exkurses wird das Zusammenspiel von legaler und illegaler Ökonomie, auf regionaler und nationaler Ebene und die Kooperation zwischen Militär, Politik, paramilitärischen Gruppen und Netzwerken der illegalen Ökonomien an den jeweiligen Länderbeispielen analysiert. Die Sozialstrukturveränderungen infolge neoliberaler Orientierung sind mit einem Anstieg der informell Beschäftigten, der Schwächung der urban-industriellen Arbeiterklasse, der Schrumpfung der Mittelschichten, einer stärkeren Feminisierung der Arbeitswelt (überwiegend im informellen Sektor) sowie mit einer Verringerung der für den Binnenmarkt produzierenden Einheiten allgemein zu beschreiben. Entsprechend der wirtschaftspolitischen Ausrichtung erfahren die exportorientierten und im Finanzsektor lokalisierten bürgerlichen Kräfte eine nicht unerhebliche Bedeutungssteigerung. Diese Konstellationsverschiebungen haben sich in beiden Ländern in entsprechend gewandelten Kräfteverhältnissen in der Politik und den Institutionen niedergeschlagen. In Kolumbien gingen diese Prozesse einher mit dem Aufstieg der sogenannten „Narcobourgeoisie“, einer enormen Gewaltsteigerung, der Vertreibung von Kleinbauern von ihrem Land. Gleichzeitig wollte in Kolumbien eine breite Koalition von gesellschaftlichen Trägern diese Politik der Regierung Uribe (ab 2002) unterstützen, allerdings ohne die Übergriffe von Paramilitärs und der Guerilla weiter zu tolerieren. Zwar hat es in Mexiko ähnliche sozialstrukturelle Tendenzen gegeben, der Regierungsbeginn von Präsident Calderón (2006) sah sich aber im Vergleich zu seinem

Amtskollegen Uribe vor wesentlich ungünstigere Bedingungen und Mehrheitsverhältnisse gestellt, abgesehen von einer schwierigeren ökonomischen Ausgangslage.

Im fünften und umfangreichsten Kapitel wird das Thema Sicherheit / Unsicherheit und staatliche Politik sehr detailliert unter die Lupe genommen. Nach einem kurzen Überblick über die gewachsene Bedeutung von Sicherheitspolitik allgemein in Lateinamerika und dem Aufzeigen neuer Formen staatlicher Gewalt zunächst für den Fall Kolumbiens, dann Mexikos diskutiert die Verfasserin ausführlich das Verhältnis von Sicherheit / Unsicherheit sowie Illegalität und Legalität für beide Länder in der angegebenen Periode. Hierbei werden nun im verstärkten Umfang die Ergebnisse der Feldforschung, der Interviews etc. der Verfasserin in ihre Ausführungen einbezogen.

Dabei wird generell deutlich: Die Verschränkung und Ergänzung von informeller und formeller, legaler und illegaler (staatlicher) Gewalt oder von dieser mit privaten / paramilitärischen Gruppierungen ist keineswegs immer als Ausweis der „Schwäche“ oder des „Zerfalls des Staates“ anzusehen, sondern muss gerade auch für die beiden Fallbeispielländer als adäquate Ausdrucksform staatlicher Funktionserfüllung entschlüsselt werden, welche durch die jeweils historische Entwicklung und die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen erklärbar wird. Die Dezentralisierung des „Gewaltmonopols“ auf diverse – staatlicherseits protegierte – private Kräfte, die diesen Staat zudem niemals prinzipiell in Frage stellen, tendiert dazu sich auf Dauer zu stellen, da von diesen arbeitsteiligen Gewaltstrukturen fast alle aktiv Beteiligten profitieren. Sicherheitsdiskurse seitens der staatlichen Instanzen schaffen und verbreiten in solcher Konstellation Unsicherheit und Angst, welche wiederum Voraussetzung und Begleitmelodie für die Durchsetzung neoliberaler Politiken, entsprechender wirtschaftspolitischer Strategien und die dafür notwendige grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse sind. Dagegen rückt z. B. Sozialpolitik, Einhaltung von Menschen- und Grundrechten, Versorgung der Bevölkerung mit „öffentlichen Gütern“ etc. auf untergeordnete Positionen in der Regierungsagenda. Diese Schlussfolgerung lässt sich aus der detaillierten Länderanalyse ziehen, wobei hier jeweils zunächst die Diskurse der Exekutive, die einschlägigen Militärprogramme („Plan Colombia“, „Mérida-Initiative“), die Sicherheitspolitik, Aufstands- und Kriminalitätsbekämpfung, dann die Auseinandersetzung um die entsprechenden Gesetzesvorhaben minutiös nachgezeichnet werden. Die Machtverschiebungen zwischen den einzelnen Staatsapparaten parallel zur Durchsetzung dieser neuen Politik sowie die dadurch angestoßenen Veränderungen für die unterschiedlichen sozialstrukturellen Segmente bilden den Gegenstand weiterer Unterabschnitte dieses Kapitels. Dabei zeigt die Autorin auch auf, in welchem Umfang die Durchsetzung dieser Linie teilweise auf Widerstand in den eigenen Reihen, in Teilen des Staatsapparats (z. B. der Justiz) und auf Gegenwehr der „subalternen“ Gruppen stieß.

Im letzten Kapitel fasst die Autorin ihre Ergebnisse komprimiert zusammen, erörtert Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Beispielländern im Hin-

blick auf „die Vermittlung von Kräfteverhältnissen in die staatlichen Strukturen“, verortet die beiden Länderszenarios im gesamten regionalen Kontext und rekurriert nochmals auf die eingangs vorgestellten Analyseschritte (Kontext, Kräfteverhältnisse, Prozessanalyse und ‚Verdichtungen‘), diesmal angereichert mit den wichtigsten Resultaten auf diesen Ebenen. Bei aller Ähnlichkeit und Widersprüchlichkeit der „Staatsprojekte“ der jeweiligen Regierungen in Kolumbien und Mexiko wird der relativ größere „Erfolg“ im kolumbianischen Fall auf größere Kohärenz im Staat bzw. zwischen den Staatsapparaten und einer breiteren und etwas dauerhafteren Unterstützerallianz zurückgeführt. Wobei der „unterschiedliche temporäre Erfolg“ meint: „Nicht die staatlichen Kräfte allein stellen Ordnung her; weitere Akteure agieren in Kooperation mit oder gegen einzelne oder mehrere staatliche Agenturen, um eine spezifische Ordnung durchzusetzen. Zu beobachten ist somit nicht nur ein gescheiterter Krieg ‚gegen die Drogen‘, sondern dieser hat mindestens in einigen Bereichen die Stärkung autoritärer Herrschaftsmodi ermöglicht. Der ‚Krieg‘ hat insofern durchaus Klassencharakter: Die staatliche Sicherheitspolitik produziert Unsicherheit, indem sie mindestens indirekt dazu führt, dass unterprivilegierte Gesellschaftssegmente stärker von direkter Gewalt betroffen sind ... und zudem mittels der Schließung institutioneller Selektivitäten diese vom Zugang zu staatlichen Entscheidungsprozessen ausschließt. D.h., direkte Gewalt verschleiert tendenziell strukturelle Gewalt, politische Gewalt scheint in einer diffusen sozialen Gewalt aufzugehen.“

Insgesamt muss die Studie von Frau Jenss als herausragende Forschungsarbeit bezeichnet werden. Sie hat Themen- und Fragestellungen gewählt, die in dieser Form zweifellos innovativen Charakter tragen und die zudem von höchster aktueller Bedeutung sind. Die Studie wird reichhaltig theoretisch angeleitet. Gleichzeitig ist der Brückenschlag zu jeweilig konkreteren Problemebenen durchweg glänzend gelungen. Die Arbeit besticht auch durch ihre ständig begleitende Reflexion der methodischen Schritte und der zugrunde gelegten Forschungstechniken. Die empirische Aufarbeitung dieser beiden Fälle von Staatstransformation unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheits-/ Unsicherheitsproblematik ist äußerst materialreich und überzeugend ausgefallen. Die komparative Betrachtungsweise schließlich hat wertvolle Einzelerkenntnisse ermöglicht, z. B. bezüglich von Gleichförmigkeiten zwischen beiden Ländern trotz recht unterschiedlicher geschichtlicher Entwicklung einerseits und der Unterschiede in der Durchsetzung einer neuen Strategie – trotz ähnlicher Diskurse und Intentionen. Zudem präsentiert sich die Arbeit als sehr gut strukturiert, sie basiert auf einer immensen Literaturgrundlage und eigenen Primärrecherchen aus jeweils zwei Feldaufenthalten in den beiden Ländern. Da sie einen differenzierten und subtilen Argumentationsstil mit einem präzisen und eleganten sprachlichen Ausdruck zu verbinden weiß, gestaltet sich die Lektüre dieses Textes zu einem Lesevergnügen mit hohem Erkenntnisgewinn.

Dieter Boris, Marburg, im Juli 2015

